

## Beschluss Verbesserung der Rechte und Einbringungschancen von Studierenden in Niedersachsen

Gremium: LDK Celle 22./23.03.2025

Beschlussdatum: 23.03.2025

Tagesordnungspunkt: 9. Weitere Anträge

### Antragstext

#### 1. Gleichstellung ausbauen und Diskriminierung vorbeugen

Demokratische Mitbestimmung in der Hochschulpolitik kann nur dann gelingen, wenn alle Statusgruppen gleichermaßen Gehör finden. Die derzeitige Praxis, dass in vielen Hochschulgremien alle Statusgruppen außer den Hochschullehrer\*innen in wichtigen Entscheidungen übergangen werden können, wird unserer Demokratie und Mitbestimmungsverständnis nicht gerecht. Wir fordern auf Basis der rechtlichen Lage, die studentische Mitbestimmung strukturell zu fördern und Gremien Statusgruppen demokratischer zu gestalten.

Hochschulen als Wissenschaftsstandorte leben von vielfältigen Perspektiven. Die Hochschule stellt einen schätzenswerten Diskursraum für unsere demokratische Gesellschaft dar. Wissenschaftsfreiheit gerät immer stärker unter Druck, wie auch derzeit in den USA zu beobachten. Wir stehen ein für Hochschulen als Räume für einen konstruktiven gesellschaftlichen Diskurs.

Die Auswirkungen internationaler Krisen und Konflikte auf deutsche Hochschulen sind deutlich spürbar. Damit Hochschulen ein Ort für alle sein können, brauchen sie die nötigen Ressourcen, um auf die daraus entstehenden Konflikte innerhalb der Hochschule reagieren zu können.

Gleichstellungsbeauftragte und Antidiskriminierungsstellen leisten wertvolle Arbeit an den Hochschulen und sind in Zeiten eines drohenden gesellschaftlichen Rollbacks zu stärken, nicht zu schwächen. Beide möchten wir darum mit erweiterten finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten, damit sie ihre Arbeit gut leisten können. Gleichstellungsarbeit ersetzt keine speziell geschulte und mit Kompetenzen versehene Antidiskriminierungsarbeit. Beide Bereiche sind wichtig für Intersektionalität an unseren Hochschulen.

#### 2. Studieren nicht zur Armutsfalle machen

Bildung muss ein Grundrecht sein und darf keine finanziellen Hürden aufwerfen oder gar zum Armutrisiko werden.

Langzeitstudiengebühren verschärfen soziale Ungleichheit. Besonders betroffen sind Studierende aus nicht privilegierten Familien, die Pflegearbeit leisten, psychisch erkrankt sind oder neben dem Studium arbeiten. Viele Bundesländer haben Langzeitstudiengebühren abgeschafft – Niedersachsen sollte folgen.

Kurzfristig fordern GRÜNE Niedersachsen die Verlängerung des Studienguthabens und die Ausweitung des ehrenamtlichen Engagements gemäß §12 Abs 3 Satz 1 Nr 4-5. Langfristig fordern wir die niedersächsische rot-grüne Landesregierung auf, ihren Koalitionsvertrag umzusetzen und die Abschaffung der Langzeitstudiengebühren umzusetzen. Außerdem fordern wir die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags und dessen mögliche positive Auswirkungen auf den Wissenschaftsstandort Niedersachsen zu prüfen.

#### 3. Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Studierende

Kaum Studierende können von dem Leben, was sie durch Bafög oder Unterstützung der Eltern bekommen und gehen daher einer Nebenbeschäftigung parallel zum

42 Studium nach. Viele Studierende gehen prekären Beschäftigungen nach und leisten  
43 einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben als Servicekräfte,  
44 Pflegehilfskraft oder in der Logistik. Wir fordern darum, den Mindestlohn in  
45 Deutschland gemäß der europäischen Mindestlohnrichtlinie endlich anzupassen.  
46 Auch die Arbeitsbedingungen für studentische Mitarbeitende an Hochschulen müssen  
47 deutlich verbessert werden. Der Stundenlohn für studentische Hilfskräfte muss  
48 dauerhaft an gestiegene (studentische) Lebenshaltungskosten angepasst werden.  
49 Daher stellen wir uns solidarisch an die Seite von ver.di und TVStud.